Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	13.11.2018	öffentlich
Betriebsausschuss Umweltbetrieb	21.11.2018	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes) Künftige Klärschlammverwertung - Kooperation OWL
Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.) Betriebsausschuss Umweltbetrieb, 29.11.2017, TOP 8, Drucksache 5770/2014-2020 Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, 16.01.2018, TOP 12, Drucksache 5770/2014-2020
Sachverhalt: Aktueller Sachstand: Über die Auswirkungen der Düngeverordnung (in Kraft seit dem 02.06.2017) und der Klärschlammverordnung (in Kraft seit dem 03.10.2017) auf die Klärschlammverwertung/ -entsorgung wurde bereits Ende 2017 bzw. Anfang 2018 ausführlich im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz und im Betriebsausschuss des Umweltbetriebes berichtet. Gleichzeitig wurde darüber informiert, dass sich die Städte Herford, Gütersloh und Bielefeld darauf verständigt haben, durch einen gemeinsamen „Letter of Intent“ (LOI) die Initiative für eine Bündelung der Klärschlammengen zu übernehmen und ein interkommunales Vorgehen auf OWL- Ebene anzustreben. Die interessierten Kommunen aus OWL und der näheren Umgebung haben sich unter Beteiligung der Bezirksregierung Detmold in Form von Fachgesprächen sukzessive ausgetauscht und seit Anfang 2018 in einem interkommunalen Arbeitskreis zusammengeschlossen (AK Klärschlammkonzept OWL). Es wird gemeinsam die Erwartung geteilt, dass die sich bereits abzeichnenden Entsorgungsengpässe sowie die neuen rechtlichen Vorgaben sicher auch technologische Neuerungen dynamisieren werden und dass es sich insofern lohnt, dies intensiv zu beobachten. Dies gilt insbesondere für die Phosphorrückgewinnung, da es aktuell noch keine erprobten wirtschaftlichen Verfahren gibt. Vor allem aber besteht Einigkeit, dass ein regionales Vorgehen, nicht zuletzt auch im Sinne der Gebührenzahler/innen, sehr sinnvoll ist. Zudem sollten die Überlegungen für eine zukunftsfähige Klärschlammverwertung/-entsorgung in OWL frühzeitig beginnen, um für neu zu schaffende Entsorgungskapazitäten einen ausreichenden Planungs- und Umsetzungszeitraum zur Verfügung zu haben. Der Einladung, eine gemeinsame regionale Lösung zu suchen, sind mit Unterzeichnung des LOI bis dato 28 weitere Kommunen bzw. kommunale Betriebe und Gesellschaften gefolgt (Stand: Ende Oktober 2018). Weiteres Vorgehen: In Fortführung des LOI wird nun beabsichtigt, die weitere Zusammenarbeit mit allen Unterzeichnenden des LOI und weiteren interessierten Klärschlammproduzenten/innen zu verstetigen und gemeinsam die Möglichkeiten einer regionalen und wirtschaftlich vorteilhaften Lösung konkret zu untersuchen. Damit sollen im Ergebnis allen Kommunen bzw. Klärschlammherzeugern bestmögliche Informationen zur Verfügung stehen, um auf dieser Grundlage eine sachgerechte Entscheidung für eine zukünftige Klärschlammverwertung treffen zu können.

Um diese gemeinsame Prüfung und auch die weiteren Möglichkeiten sowie die Lösungssuche bestmöglich voran zu bringen, hat der AK Klärschlammkonzept OWL mit Unterstützung externer Beratung eine Vorvereinbarung zur Strukturierung der nun gebotenen Arbeiten und zur Schaffung einer größeren Verbindlichkeit vorbereitet. Dabei sind die Vorteile eines gemeinsamen Vorgehens zur Zusammenarbeit wie die Bündelung von Know-How, die gemeinsame Beauftragung von Fachleuten sowie die Kostenaufteilung untereinander hervorzuheben.

Erstunterzeichner/innen der Vorvereinbarung am 08.10.2018 sind der Abfallwirtschaftsverband Lippe, die Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen des Kreises Gütersloh mbH, die Herforder Abwasser GmbH, der Kreis Minden-Lübbecke – Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke, der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld und die Stadt Gütersloh. Aktuell wird angestrebt, dass alle bzw. möglichst viele Klärschlammproduzenten in OWL der Vorvereinbarung entweder direkt oder über die bündelnden Kreisgesellschaften beitreten. Zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung lagen bereits zwei Beitrittserklärungen vor.

Wesentliche Regelungen der Vorvereinbarung sind:

- gemeinsame technische, rechtliche und wirtschaftliche Prüfung, welche Optionen für eine gemeinsame Klärschlamm Entsorgung bestehen, Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die zukünftige Klärschlamm Entsorgung in OWL (Kooperationsmöglichkeiten und -struktur);
- Verteilung der anfallenden Kosten auf Basis der jeweils jährlich anfallenden Klärschlämme;
- gemeinsame Entscheidungen, Vorbereitung der Entscheidungen durch einen gewählten Arbeitskreis und eine Projektleitung;
- Entscheidung zum gemeinsamen Gesamtkonzept und Entscheidung in den kommunalen Gremien bis Sommer 2019.

Die Gesamtkosten sind durch die Vorvereinbarung begrenzt auf maximal 500.000 € brutto. Eine aufwandsgenaue Abrechnung erfolgt. Interessierte, die erst später der Vorvereinbarung (bzw. im Weiteren der eigentlichen Kooperationsvereinbarung) beitreten, müssen sich in gleicher Weise finanziell einbringen. Ein Abwarten bringt insofern keinen finanziellen Vorteil, sondern lediglich den Nachteil, nicht von vornherein mitwirken zu können. Derzeit wird davon ausgegangen, dass Gebietskörperschaften mit mehr als 30.000 t TR/a (Trockenrückstand) aus OWL und Umgebung teilnehmen werden (dies würde dann Kosten von 16,20 €/t TR entsprechen). Durch die Vorvereinbarung sind jedoch die Kosten auf maximal 20,00 €/t TR beschränkt. Damit käme auf Bielefeld eine Belastung von rd. 68.700 € zu. Die Belastung kann sich durch eine von der Stadt Gütersloh für alle Kooperationspartner beantragte Förderung noch vermindern.

Die Vorvereinbarung enthält noch keine Verpflichtung zur Bündelung von Klärschlamm Mengen oder eine konkrete Festlegung hinsichtlich der Kooperationsform. Ziel ist es vielmehr, in den nächsten Monaten alle für eine Entscheidung erforderlichen Sachinformationen zusammenzutragen und das bestmögliche Kooperationsmodell zu entwickeln. Bis Mitte 2019 soll dann in den jeweiligen kommunalen Beschlussgremien über das Gesamtkonzept beraten und über die konkrete Kooperationsvereinbarung entschieden werden.

Der Zusammenschluss im Rahmen der Vorvereinbarung bietet eine Chance, das schon jetzt akute Thema planmäßig und mit viel regionalem Sachverstand unter Einbindung der Bezirksregierung Detmold mit sehr begrenzten Kosten anzugehen. Sie profitiert von einer zeitlich sehr zügigen Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Region, das eine sichere und kostengünstige Entsorgung der Klärschlämme in Zukunft sicherstellen kann. Dieses Gesamtkonzept soll in der ersten Jahreshälfte 2019 erarbeitet und den politischen Gremien vorgestellt werden können. Belastbare wirtschaftliche Kenndaten und technische Prüfungen unter Abwägung der Chancen und Risiken der verschiedenen Lösungen sollen dann eine Grundlage für eine zukunftsweisende Entscheidung bilden.

Erste Beigeordnete

Anja Ritschel

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.